WP-2-228 Kapitel 2: Berlin hält zusammen

Antragsteller*in: Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu WP-2

Von Zeile 227 bis 228 einfügen:
Großsiedlungen werden wir durch gezielte Investitionen in die soziale Infrastruktur, Pflege öffentlicher Räume und Quartiersarbeit stabilisieren.

Kommunale Wohnungsbaugesellschaft Berlin–Brandenburg prüfen

Berlin wächst – und das Wachstum endet nicht an der Landesgrenze. Wohnen, Arbeiten und Leben finden zunehmend in der Metropolregion statt. Deshalb wollen wir die Wohnungsfrage gemeinsam mit Brandenburg angehen.

Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit dem Land Brandenburg die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zu prüfen. Ziel ist es, bezahlbaren, klimafreundlichen und gut angebundenen Wohnraum auch außerhalb der Berliner Stadtgrenze zu schaffen – insbesondere entlang von S- und Regionalbahnlinien.

Dafür wollen wir mit Brandenburg in einen strukturierten Abstimmungsprozess eintreten und die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine solche gemeinsame kommunale Gesellschaft klären. Auf dieser Grundlage sollen konkrete Modelle entwickelt werden, wie öffentlicher Wohnungsbau länderübergreifend organisiert werden kann.

Die Gesellschaft soll öffentliche Flächen in beiden Ländern entwickeln, neue Quartiere mit sozialer Infrastruktur planen und langfristig bezahlbaren Wohnraum sichern. Stadtentwicklung muss regional gedacht werden – sozial, ökologisch und verkehrlich gut angebunden.

Begründung

Die Wohnungsfrage ist längst eine regionale Aufgabe. Viele Menschen ziehen ins Berliner Umland, weil sie in der Stadt keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Gleichzeitig fehlt bisher ein gemeinsamer öffentlicher Rahmen für Wohnungsbau über die Landesgrenze hinweg.

Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft von Berlin und Brandenburg – oder ein vergleichbares Kooperationsmodell – könnte:
– öffentlich kontrollierten Wohnungsbau in der Metropolregion stärken,
– Wohnen und Verkehr besser verzahnen,
– Zersiedelung vermeiden und
– langfristig Druck vom Berliner Wohnungsmarkt nehmen.

Deshalb wollen wir die rechtlichen Möglichkeiten prüfen und gemeinsam mit Brandenburg konkrete Schritte für eine länderübergreifende Lösung entwickeln.

Unterstützer*innen

Leander Hirschsteiner (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Kolja Vöhringer (KV Berlin-Pankow); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Marcel Rohrlack (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jens-Peter Müller (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Felix Leander Droop (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg);

Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Liliana Marie Dornheckter (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Paul Benter (KV Berlin-Mitte); Katharina Hild (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marie Charlotte Bierganz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Silke Gänger (KV Berlin-Pankow); Elias Enderlein (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Nicolas Bock (KV Berlin-Lichtenberg); Lennart Sydow (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Ole Jacobs (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Luise Lück (KV Berlin-Pankow)